Die Bedeutung der Umwelt in der Wirtschaftsordnung

Autor(en): **Schaffer, H.P.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **59 (1980)**

Heft 6

PDF erstellt am: **01.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-347710

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

H. P. Schaffer

Die Bedeutung der Umwelt in der Wirtschaftsordnung

In den Nummern 12/1979 und 1/1980 des «Profils» wurde ein Wirtschaftskonzept der SPS vorgestellt, das wohl noch zu vielen Diskussionen Anlass geben wird. Den folgenden Überlegungen zu diesem Konzept möchte ich ein Zitat von *H. A. Pestalozzi* voranstellen, das bei diesen Diskussionen jeweils Beachtung finden sollte: «. . . Aber Impulse für ein neues Denken, ein neues Verhalten, ein neues Handeln sind nie von der ‚schweigenden Mehrheit', sondern immer von der denkenden Minderheit ausgegangen. Die Frage ist nur, wie lange es dauert, bis sich die Impulse auch auf die noch schweigende Mehrheit auszuwirken beginnen.»

Endlich handelt es sich um ein Wirtschaftskonzept, das den Menschen nicht mehr nur als Faktor Arbeit behandelt. Es wird richtig erkannt, dass eine neue Wirtschaftsordnung nicht nach dem Hauptkriterium des grössten Eigenutzes aufgebaut sein darf. Sie muss demgegenüber Rücksicht nehmen, Rücksicht auf die Umwelt, auf die Natur, auf den einzelnen Menschen als Individuum und auf die kommenden Generationen. Das bestehende, praktisch nur auf dem Prinzip des grösstmöglichen Eigennutzes aufgebaute System wird folglich in seiner heutigen Form in Frage gestellt, allerdings ohne den Fehler zu begehen, bestehende Strukturen kurzfristig niederreissen zu wollen und damit grösste gesamtwirtschaftliche Schäden anzurichten. Endlich wird versucht, in dieses neue Konzept die natürlichen und in der Regel kaum quantifizierbaren Lebensgrundlagen einzubeziehen, was angesichts der Tatsache, dass von der Umweltverschmutzung und -zerstörung einmal mehr die unteren Einkommensklassen zuerst betroffen sein werden, von grösster Wichtigkeit ist.

Bewusst hat namentlich das Problem der Erhaltung einer menschengerechten Umwelt in den hier vorliegenden Aufsatz Eingang gefunden, bestimmen doch die Grenzen der Belastbarkeit des uns umgebenden Raumes langfristig auch die Grenzen des Wirtschaftswachstums. Jede fundierte Wirtschaftstheorie wird deshalb beachten müssen, dass sich die natürlichen Abläufe auf die Dauer nicht ungestraft manipulieren lassen; die Natur verschenkt keine Gnadenbrote. Beweise dazu gibt es genügend, doch wird dabei normalerweise von Naturkatastrophen und nicht von den Folgen einer rücksichtslosen Zivilisation gesprochen.

Die Umwelt mit den wichtigsten natürlichen Ressourcen Luft, Wasser und Boden muss in einem durchdachten Wirtschaftskonzept somit mindestens gleichberechtigt neben den anderen Wirtschaftsfaktoren stehen. In einem umfassenden Wirtschaftssystem sind entgegen der geltenden Auffassung nicht alle Parameter messbar, sofern dieses System den Menschen und nicht Maschinen, die Gewinnmaximierung um jeden Preis oder die immer bedrohlicher und unkontrollierbarer werdende Eigendynamik mit

ihren Sachzwängen in den Mittelpunkt stellt. Der Mensch sollte schliesslich von der wirtschaftlichen Tätigkeit vollumfänglich profitieren und nicht psychisch zugrunde gerichtet werden. Parameter wie das menschliche Wohlbefinden, das Recht auf Ruhe, die Schönheit und Vielfalt von Landschaften werden sich nie quantifizieren lassen und bilden trotzdem wichtigste Grundlagen zu einem System, das sich freiheitlich nennt und dem Menschen als Individuum Achtung entgegenbringt. Selbstbeschränkung würde unter Beachtung der geschilderten Aspekte je länger desto weniger zum Verzicht, sondern zum Gewinn werden.

Anhand einiger Beispiele soll nun gezeigt werden, wie in der Detailpolitik versucht werden kann, die aufgestellten Thesen zu verwirklichen:

1. Der Tendenz zur Zentralisierung und der damit verbundenen Machtballung in der Wirtschaft muss vehement entgegengetreten werden. Die Dezentralisierung mit ihren unbestreitbar positiven Auswirkungen auf die Qualität der Arbeitsplätze und der Infrastruktur, insbesondere des Verkehrssystems, muss vermehrt gefördert werden.

2. Nahezu alle Ressourcen werden bei der aktuellen Ausbeutung in absehbarer Zeit knapp und sind zum grossen Teil nicht mehr regenerierbar. Dieser Tendenz muss durch Einsparungen und Recycling endlich Einhalt geboten werden.

3. Der Energieverbrauch muss insbesondere aus ökologischen Gründen in kürzester Zeit stabilisiert werden. Grösserer Energieverbrauch führt zudem zu vermehrten Rationalisierungen in den Betrieben und damit zu weniger und in der Regel qualitativ minderwertigeren Arbeitsplätzen.

4. In der Verkehrspolitik muss die Förderung des öffentlichen Verkehrs, unter Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen, vorangetrieben werden. Der Privatverkehr muss, unter Einbezug der Folgekosten (Polizei, Sicherung, Spitäler, Haftpflicht usw.), selbsttragend werden, wobei die Kosten entsprechend der Beanspruchung der Verkehrsanlagen getragen werden sollten, was am ehesten über eine entsprechende Belastung der Betriebsstoffe (Benzin) und über eine Schwerverkehrsabgabe möglich ist.

5. In der Landwirtschaftspolitik muss gegen die übermässige Belastung des Bodens und der Gewässer sowie der erzeugten Nahrungsmittel selbst mit Düngern, Pestiziden und Insektiziden vorgegangen werden. Es ist eine bodengerechte Bewirtschaftung unter Abbau der Verwendung von giftigen Chemikalien anzustreben. Der übermässige Fremdenergiebedarf ist sukzessive abzubauen.

6. Umweltbeeinträchtigungen, die insbesondere durch die wirtschaftliche Tätigkeit entstehen, sind nach dem Verursacherprinzip zu beheben oder abzugelten.

7. In touristisch genutzten Gebieten ist die weitere Verschandelung der Erholungslandschaften durch die übermässige bauliche Nutzung durch Bergbahnen und Lifte, durch Skipistenplanierungen, durch Hochgebirgslandeplätze usw. zu unterbinden.